Artikel vom 10.01.2023 · Ausgedruckt am 10.11.2026, 18:19 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/auf-den-wortbruch-folgt-der-strukturbruch

Auf den Wortbruch folgt der Strukturbruch



LZ-Chefredakteur Detlef Steinert

Schweinehaltende Betriebe haben über Jahrzehnte Marktrisiken überstanden. Wie viele die aktuellen Politikrisiken überleben, ist fraglich. Aber man muss wohl davon ausgehen, dass die Branche ausgedünnt wird. Das hat nicht nur für die Inhaber Folgen, es trifft auch andere Betriebsrichtungen und die Verbraucher.

Was ein ordentlicher Preis für ein Produkt ist, darüber lässt sich aus Sicht der Erzeuger immer trefflich streiten. Mit durchschnittlich 1,82 und in der Spitze sogar über 2 €/kg Schlachtgewicht waren im zurückliegenden Jahr sicher keine Traumpreise für Schlachtschweine zu erzielen. In normalen Zeiten hätten gute Betriebe damit durchaus gut über die Runden kommen können. Aber eben nur in normalen Zeiten. Denn nach Absatzeinbrüchen durch Corona hatten Sauenhalter wie Mäster drastische Kostensteigerungen infolge des Kriegs gegen die Ukraine zu schultern. Folglich ist der Schweinebestand in den vergangenen Monaten deutlich zurückgegangen. Der Deutsche Bauernverband (DBV) geht von einer Abnahme um mehr als 10 % von November 2021 bis November 2022 aus. In diesem Zeitraum hätten zudem täglich fünf Schweinehalter das Handtuch geworfen.

Aber ist die Erlössituation für diese Entwicklung verantwortlich? Sicher nicht alleine, denn viele schweinehaltende Betriebe haben auch im Auf und Ab des Schweinezyklus über Jahrzehnte Oberwasser behalten. Zumal die, die sich mit Kopf und Herz diesem Betriebszweig verschrieben haben, waren erfolgreich, weil sie ihre Betriebe mit den Märkten entwickelt haben. Aber seit die Politik diesen Markt dirigieren will, wird vieles schlechter und unkalkulierbarer. Dabei beteuern die politisch Verantwortlichen andauernd, sie wollten dem Sektor doch helfen, ihn zukunftsfähig zu machen.

Doch dem lautstarken Fordern und Versprechen folgen nicht mehr als halbgare Konzepte, Zaudern und Zögern. Im Vorschlag für das Tierhaltungskennzeichnungsgesetz klaffen - eklatante Lücken. Das angekündigte Förderprogramm für den Umbau der Tierhaltung ist gnadenlos unterfinanziert und die vorgesehenen Änderungen am Baugesetzbuch lassen nicht erkennen, wie der Zielkonflikt zwischen Tierwohl und Klimaschutz gelöst und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden können.

Flüchtigen Mitbürgerinnen und Mitbürgern mögen die Ankündigungen von Agrarminister Cem Özdemir ausreichen, um den Eindruck zu gewinnen, die in Berlin tun was für eine tiergerechtere Nutztierhaltung. Für die Praxis bietet die Bundesregierung bislang kein Fundament, auf dem sich langfristige Betriebskonzepte aufbauen lassen. Das kann man nicht Worthalten und auch nicht zukunftsfähig nennen. Dabei setzt die Bundesregierung nicht nur die Existenz dieser Betriebe aufs Spiel. Sie nimmt billigend in Kauf, dass die heimische Landwirtschaft insgesamt mit in den Strudel gerät. Selbst für Ackerbaubetriebe kann der massive Abbau der Schweinehaltung Folgen haben. Die „drei Sack Getreide auf vier Beinen“ bleiben vielleicht nicht im Lager liegen; aber wenn sie nicht durch den Schweinetrog wandern, muss eine andere Verwertung dafür her. Sie eins zu eins in die menschliche Ernährung umzuleiten, dürfte nicht in dem Tempo gelingen, wie die Schweinebestände hierzulande schrumpfen. Eine alternative Verwertung wäre, theoretisch, auch in der Geflügelhaltung denkbar. Der Geflügelfleischverzehr steigt aber nicht in dem Maße, wie der Schweinefleischverzehr in den zurückliegenden Jahren abgenommen hat. Hinzu kommt, dass sich dieser Sektor einer ähnlichen Debatte gegenübersieht wie die, die zu dem derzeitigen Debakel bei den Schweinebetrieben geführt hat.

Derzeit liegt der Selbstversorgungsgrad bei Schweinefleisch noch deutlich über 100 %. Setzt sich der aktuelle Strukturbruch aber fort, wird Deutschland in wenigen Jahren zum

Netto-Importeur. Wo der Deutschen nach wie vor liebstes Fleisch dann herkommt, wie die Tiere gehalten und aufgezogen wurden, darauf hätte dann zum Beispiel eine deutsche Tierhaltungskennzeichnung so gut wie keinen Einfluss. Was ein Wissenschaftler, der schon vor Jahren für einen gesellschaftlich akzeptierten Umbau der Nutztierhaltung plädiert hat, von der augenblicklichen Regierungspolitik hält und was er vorschlägt, verrät Prof. Dr. Harald Grethe im aktuellen Interview (siehe S. 16/17). Was die Betroffenen selbst für nötig halten, könnte die Bundesregierung auch leicht erfahren, wenn sie demnächst die Statistikämter losschickt, um bundesweit 80 000 landwirtschaftliche Betriebe zu befragen. Dabei interessieren die Politik allerdings nur strukturelle Aspekte und nicht die Risiken und Nebenwirkungen, die gerade die vielleicht noch 3 500 Schweinebetriebe in der Stichprobe befürchten.